

Herbert Hoffmann-Loss

Aufzeichnung
über Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Griechenlands,
Athen, Juli 1983

Vorbemerkung
(Meckenheim, Januar 2010)

Anlass für die nachstehende - über ein Vierteljahrhundert alte - Aufzeichnung von 1983 waren die dramatischen Veränderungen, zu denen es zwei Jahre zuvor in Griechenland gekommen war. 1981 hatte das Land erstmals eine sozialistische Regierung - unter Andreas Papandreou und seiner „grünen“ PASOK - erhalten und war gleichzeitig Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), wie sie damals noch hieß, geworden.

Im Vordergrund für den damaligen Zuschauer stand die von A. Papandreou entfesselte Dramatik - teils effektvoller Bühnenzauber, teils folgenreiche Umwälzung. Dagegen lagen die Auswirkungen von Griechenlands junger EWG-Mitgliedschaft größtenteils noch hinter dem Horizont und waren einstweilen mehr ein Feld für Spekulationen als für Analysen. Deshalb der relativ geringere Raum, der ihr hier eingeräumt ist.

Sofern meine damalige Aufzeichnung heute noch einen Erkenntniswert hat, dann den, dass die griechischen Verhältnisse trotz Brüssel durchaus auch heute noch so sind, wie sie damals waren. Dass es so kommen würde, war für überzeugte Europäer damals keineswegs selbstverständlich. Manch einer war der Auffassung, dass Brüssel in seiner Weisheit Griechenland langsam aber sicher Daumenschrauben anlegen und sie immer fester ziehen werde, bis es auf europäischen Standard gebracht sei - schließlich: Wer zahlt, schafft an. Wie bekannt, war dem dann ganz und gar nicht so. Aus vielen Gründen haben vielmehr Brüssel und die europäischen Partner Griechenlands sich von Anfang an kräftig mitschuldig gemacht an der heutigen Misere des Landes.

Ich habe den Text, nachdem ich ihn kürzlich wieder einmal aufgeschlagen hatte, digitalisiert und ihn dabei redaktionell - nicht inhaltlich - überarbeitet.

Herbert Hoffmann-Loss

Athen, Juli 1983

Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Griechenlands 1983

Griechenland befindet sich im Jahre 1983 in einer ernsten Wirtschaftskrise. Deren Ursachen hängen wesentlich mit der Beschaffenheit von Staat und Gesellschaft des Landes und seinen durch sie bedingten wirtschaftlichen Struktur Schwächen zusammen. Fehlentwicklungen der Nachkriegszeit haben sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen verstärkt fortgesetzt. Neuorientierungen werden deshalb vonnöten sein. Griechenlands Verhältnis zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft kommt dabei besondere Bedeutung zu.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist in Griechenland relativ viel Industrie, aber keine von ihr geprägte Zivilisation wie in Zentraleuropa entstanden. Dies erklärt sich wesentlich aus zwei Faktoren, die - mit Ähnlichkeiten in der übrigen Mittelmeerwelt - das Leben in Griechenland bestimmen:

Der eine Faktor ist der Personalismus der griechischen Gesellschaft, d. h. die besondere Rolle, die die Einzelnen und persönliche Beziehungen in ihr spielen. Der andere Faktor - der durchaus mit dem ersten zusammenhängt - liegt im Charakter des griechischen Staates und aller öffentlichen Verhältnisse des Landes schlechthin, und zwar in seinem eingewurzelten Autoritarismus, der mit elementarer Organisationsschwäche einhergeht.

Die griechische Personenbezogenheit bedeutet zunächst einen ausgeprägten Individualismus, ein intensives Selbstbewusstsein, einen anarchischen Unabhängigkeitsdrang und allgemeinen Subjektivismus des Denkens und Empfindens (nicht ohne Parallelen zum griechischen Altertum, wenn man so will). Dieser Individualismus ist jedoch vor dem Hintergrund eines starken Fortlebens von Familien- oder familienähnlichen Bindungen im weitesten Sinne zu sehen. Anders als in den modernen westlichen Gesellschaften umgibt den einzelnen noch ein enges Netz persönlicher Beziehungen und Verpflichtungen ursprünglich familiärer Natur.

Beides zusammen, Individualismus und familiäre oder quasi-familiäre Bindungen, unterstützen den patriarchalischen Grundcharakter von Herrschaft und Führung in Griechenland. Die griechische Gesellschaft ist eine Klientelgesellschaft par excellence. Das politische Leben wird noch immer stark von Gefolgschaftsführern bestimmt, die zugleich unbekümmerte Individualisten sind. Ähnliches gilt im Wirtschaftsbereich: Patriarchalische Unternehmensführung steht neben einem starken Drang nach wirtschaftlicher Selbstständigkeit, die in der dominierenden Kleinstruktur der griechischen Wirtschaft ihren Ausdruck findet.

Die zu Grunde liegende Personenbezogenheit blockiert dabei immer wieder die Anerkennung objektiver Maßstäbe und Ziele sowie deren Durchsetzung mit an der Sache orientierten Methoden. Hierin liegt die Schwäche aller Organisationsformen in Griechenland, die über unmittelbare persönliche Lenkung hinausgehen.

In den letzten Jahrzehnten ist das subjektive und persönliche Element der griechischen Gesellschaft auf manchen Gebieten größerer Sachlichkeit und Objektivität des Denkens und Empfindens gewichen. Bei den politischen Parteien haben sich Ansätze zur Befreiung aus rein klientelhafter Abhängigkeit gezeigt. In der Wirtschaft ist häufig ein jüngeres Management aus dem Schatten patriarchalischer Firmenchefs herausgetreten.

Als entscheidendes Hindernis für die Modernisierung der griechischen Gesellschaft durch Versachlichung und Entpersönlichung hat sich jedoch der griechische Staat erwiesen. Mit allen seinen traditionellen Schwächen hat er seit dem Zweiten Weltkrieg ständig an Boden gewonnen, vor allem in der Wirtschaft. Seit 1981 hat unter der sozialistischen Regierung Andreas Papandreu der Etatismus inzwischen vollends ein kritisches Stadium erreicht.

Autoritarismus und Organisationsschwäche des griechischen Staatswesens sind durch übermächtige historische Faktoren bedingt: durch das byzantinische Erbe, durch die vierhundertjährige Türkenherrschaft und schließlich durch den Anfang des 19. Jhdts. unter Kapodistrias und vollends unter den Wittelsbachern importierten Obrigkeitsstaat der Metternich-Zeit.

Willkür, Korruption und Ineffizienz waren dabei nur allzu vertraute Begleiterscheinungen aller Herrschaft in Griechenland seit der byzantinischen Zeit, als das Land zur entlegenen Provinz abgesunken war: Bei aller Auflehnung gegen Unfreiheit und Unterdrückung kannte man dennoch letztlich nichts anderes. Der Westen und seine neuen freiheitlich-bürgerlichen Errungenschaften waren weit.

Der von den Wittelsbachern errichtete autoritäre Staat schaltete übrigens vorhandene Traditionen lokaler Selbstverwaltung, die es durchaus gab, frühzeitig aus. Gegenteilige Empfehlungen wie die des Griechenlandkenners und Beraters der bayerischen Regenschaft, Friedrich Thiersch¹, blieben unbeachtet.

Dem Etatismus steht in Griechenland wie in anderen Mittelmeerländern die individualistische Kleinstruktur des Wirtschaftslebens entgegen. Über 50% der griechischen Arbeitsbevölkerung sind selbstständige und mitarbeitende Familienangehörige (und viele der abhängig Beschäftigten gehen noch nebenher einer selbstständigen Tätigkeit nach). Ihr Klein- und Kleinstunternehmertum, zum großen Teil „Parallelwirtschaft“, ist in vieler Hinsicht die eigentliche Wirtschaft des Landes. Sie entzieht sich seit alters der staatlichen Kontrolle. Gegenüber dem Fis-

¹ Friedrich Thiersch, De l'état actuel der la Grèce et des moyens d'arriver à sa restauration, Leipzig 1833, S. 246

kus herrscht allgemeines Misstrauen und das als ganz selbstverständlich empfundene Bestreben, seinem Zugriff nach Möglichkeit zu entgehen.

Auch der jahrhundertelange Widerstand gegen die Türkenherrschaft hat an dieser Haltung der Griechen nichts geändert. Nach deren Ende traten die Beamten des neuen Staatswesens für das griechische Bewusstsein vielfach nur die Nachfolge der türkischen Steuereinnahmer - genauer: der griechischen *Proti* und *Archontes* - an, die damals als Steuereintreiber für die Türken fungierten.

Umgekehrt misstraut der Staat in Griechenland traditionell der Wirtschaft, der er Spekulantentum, Preistreiberei und Steuerhinterziehung unterstellt. Er stimmt darin weitgehend mit der Öffentlichkeit überein, deren Vorstellung von Wirtschaft vor allem durch die Erfahrungen mit dem aufgeblähten und stark parasitären Handel geprägt ist. Preiskontrollen und Marktinterventionen des Staates, so erfolglos sie auch immer wieder blieben, waren deshalb seit jeher populär.

Die produzierende Wirtschaft zeichnet sich ihrerseits traditionell durch vorrangiges Interesse an schnellem Gewinn und Neigung zu „Gelegenheitsunternehmertum“ aus. Dementsprechend unterentwickelt ist ihre Bereitschaft zu „produktiven“ Investitionen. Die staatliche Subventionspraxis im Investitionsbereich hat dabei in besonderem Maße zu „Gelegenheitsinvestitionen“ geführt.

Insgesamt hat der Staat die von allen Regierungen beklagten Missstände der griechischen Wirtschaft zum guten Teil mitzuverantworten. Sein Bürokratismus und seine interventionistische Willkür haben in der Privatwirtschaft immer wieder zu einem unseriösen Verhalten – gemessen an zentraleuropäischen Standards - geführt, das gleichwohl oft nur die ökonomisch vernünftige Reaktion auf die gegebenen irrationalen Bedingungen war.

Der Byzantinist Karl Krumbacher schrieb 1886 über die Regierungsverhältnisse in Athen: „Dadurch vor allem bringen die fortwährende Ministerwechsel im Lande so großen Schaden, dass keine Regierung größere Werke zu Ende führen kann, aus zwei Gründen: Erstens verbraucht das Ministerium [Kabinett] ein viel zu großes Maß von Kräften, um sich überhaupt einige Zeit zu halten, und zweitens ist eine ruhige und langsam überlegende Thätigkeit selten möglich, da das Schreckbild des baldigen Sturzes immer zu früh an die Türe pocht. Daher geschehen denn selbst die Arbeiten, welche zu Ende kommen, in übertriebener Hast. Die Opposition findet leicht einige Versehen, und das folgende Ministerium klammert sich an diese an, um womöglich die ganze Neuschöpfung umzuwerfen.“²

Nach dem Zweiten Weltkrieg, d. h. vor allem während der insgesamt 14 Regierungsjahre des heutigen Staatspräsidenten Karamanlis, ist es ansatzweise zu einer Versachlichung und Konsolidierung der Verhältnisse gekommen. Dennoch bleibt festzustellen, dass die politische Szene Athens bisher zumeist von beträchtlicher Unruhe beherrscht war, mit unberechenbarer Umschwüngen von Stimmungen und

² Karl Krumbacher, *griechische Reise*, Berlin 1886, Nachdruck Athen 1979, S. 45

Gruppierungen. Insgesamt sind im griechische Staat etwa so viele Regierungen aufeinander gefolgt, wie Jahre seit seiner Gründung vergangen sind. Die Anfälligkeit der hauptstädtischen Politik für Populismus und Demagogie erhöhte die politische und administrative Instabilität. Autoritarismus des Staates konnte dabei sehr wohl gedeihen, kaum aber wirkliche Autorität.

Besondere Unsicherheit herrscht bei Gesetzgebung und Rechtsprechung. Ständig werden neue Gesetze erlassen und bestehende abgeändert. In den letzten 15 Jahren haben z. B. acht Gesetze zur Regional- und Investitionsförderung einander abgelöst. Das letzte wurde binnen zweier Jahre dreimal abgeändert. Anlass zu den fortwährenden Neuerungen gibt immer wieder die ungenügende Qualität der einzelnen Regelungen, die sich oft schon bald als unpraktikabel erweisen. Andererseits werden auch praktikable Gesetze ungenügend oder überhaupt nicht angewendet. Oft wird dann wieder eine Lösung in einem neuen Gesetz gesucht. Danach aber bleibt häufig unklar, ob und wie weit die vorherigen Regelungen trotzdem weitergelten.

Die gesetzgeberische Kontrolle durch das Parlament ist auch deshalb gering, weil es Parlamentsausschüsse in unserem Sinne nicht gibt. Während vielfach Bagatellverordnungen parlamentarischer Zustimmung bedürfen, kann die Regierung jederzeit wichtige Regelungen durch Verordnungen oder präsidiale Dekrete am Parlament vorbeisteuern.

Die zahllosen Novellierungen werden in einem sonderbaren Beipackverfahren durch das Parlament geschleust: Sie werden in letzter Minute an gerade zur Abstimmung anstehende Gesetze völlig anderen Inhalt als Artikel angehängt (nachdem zumeist selbst die Regierungsfraktion keine Gelegenheit erhalten hatte zu prüfen, worum es sich handelte). Folge ist die spätere praktische Unauffindbarkeit vieler gesetzlicher Regelungen. Ganze Gesetzesbereiche, vor allem im Steuerrecht, sind angeblich überhaupt nicht mehr im Zusammenhang darstellbar. (Anwaltskanzleien und Banken verdienen mit Abhilfe schaffenden Wegweisern und Spezialhandbüchern gutes Geld.)

Gesetzentwürfe enthalten oft per Dekret gesetzliche Wirkung schon von dem Zeitpunkt an, da sie ins Parlament eingebracht wurden. Aber auch regelrechte Retroaktivität von Gesetzen ist normal. Andererseits berufen sich Regierung und Gerichte immer wieder unversehens auf eines der obsoleten oder nie angewandten Gesetze.

Klagen von Geschädigten brauchen der Staat und seine Justiz andererseits kaum zu fürchten. Der Verwaltung fehlt es nicht zuletzt dadurch an Disziplin und Zwang zur Kohärenz. Zugleich wird sie durch die Unsicherheit der rechtlichen Grundlagen gegenüber den wechselnden politischen Direktiven zusätzlich wehrlos gemacht.

Hinzu kommen viele Funktionsschwächen im engeren Sinne, unter denen die Verwaltung leidet. Technische Voraussetzungen, wie die Regelung von Zustän-

digkeiten oder Bearbeitungsvorschriften sind ungenügend oder uneinheitlich ausgestaltet oder haben nicht die erforderliche Verbindlichkeit. Es gibt kein einheitliches (oder überhaupt kein) System der Aktenführung und Registratur, wie z. B. auch nicht die Einrichtung der automatischen „Wiedervorlage“; es gibt kaum solche Beteiligungsformen wie Mitzeichnung, Ressortbesprechungen auf Arbeitsebene usw., schließlich auch und kein etabliertes System der Entscheidungshilfen für die Leitungsebene in Gestalt obligatorischer Aufzeichnungen und Vorlagen. Neue Regierungen finden regelmäßig leere Aktenschränke und Schreibtische vor.

Besonders auffallend ist die technische Unterentwicklung des mittlerweile zu 80 - 90% vom Staat kontrollierten aufgeblähten Bankwesens mit seinen heute fast 40.000 Beschäftigten. In seiner bürokratischen Ineffizienz ist es ein Ebenbild der staatlichen Verwaltung. Schecks werden z. B. in der Regel nur von Filialen der Ausstellerbank angenommen. Daueraufträge für Überweisungen und automatische Abbuchung per Lastschriftverfahren sind unbekannt. Der Zahlungsverkehr wird nicht zuletzt aus diesen Gründen nach wie vor weitgehend in bar abgewickelt.

Der rasche Personalwechsel auf allen Posten verstärkt die Folgen dieser Mängel. Er verhindert die Ansammlung von Sachkenntnis und administrativer Erfahrung, zumal bei den Einstellungen Qualifikation keine ausreichende Rolle spielt. Die Entscheidungsprozesse werden dadurch immer wieder blockiert, Verantwortung kann häufig weder vom Zuständigen selbst wirklich wahrgenommen noch an fachkundige Untergebene delegiert werden. Angesichts seiner Unsicherheit über Zuständigkeiten, Entscheidungsgrundlagen und Ermessensspielräume erscheint dem einzelnen Angestellten das Risiko der Verantwortung immer wieder als zu groß. („Bringen Sie mir ein Gerichtsurteil, dann bekommen Sie Ihre Genehmigung“.)

Ein altes Leiden aller griechischen Bürokratien ist die Überbesetzung der Posten. In einem traditionell armen Lande, das seine Einwohner immer nur schwer ernähren konnte, gab es dafür seit jeher soziale Gründe. Schon Kapodistrias hinterließ der bayerischen Regentschaft im zerstörten und verelendeten Griechenland von 1831 eine Vielzahl vom Staat besoldeter Hungerleider, die wohl oder übel in neue Dienste zu übernehmen waren.³

Der Bürokratie ist – wie in vielen ähnlichen Gesellschaften - eine sehr weit gehende Versorgungsfunktion für ihre Angestellten aufgegeben. Vom Inhaber eines Postens erwarten seine Verwandten traditionsgemäß, dass er auch Vettern und Schwägern zu Posten verhilft. Dieselbe Erwartung richtet die Anhängerschaft der politischen Führer an ihre Chefs. Die notorische personelle Überbesetzung und prozedurale Schwerfälligkeit der griechischen Verwaltung hängen unmittelbar miteinander zusammen: Mit den bis zu zwei Dutzend Unterschriften auf amtlichen Schriftstücken wird nicht zuletzt die Existenzberechtigung von Posten und Zuständigkeiten untermauert.

³ Vgl. Friedrich Thiersch, a. a. O. S. 263

Die Schwächen von Staat und Privatwirtschaft sind in langer Wechselwirkung zwischen beiden entstanden. Das unterentwickelte Leistungsbewusstsein und das niedrige organisatorische Niveau hier wie dort haben ihren Ursprung in historisch entstandenen sozialen Zusammenhängen.

Die modernen europäischen Gesellschaften verdanken ihre Entstehung letztlich einem schon im Mittelalter hoch entwickelten und auch politisch starken Bürgertum. In Griechenland haben dagegen die materiellen und politischen Voraussetzungen für die Entstehung einer breiten bürgerlichen Schicht immer gefehlt. Seine junge kosmopolitisch-europäisch orientierte Oberschicht konnte keinen vergleichbaren Einfluss auf die Gesamtgesellschaft ausüben. Der Mittelstand, den die sich ausbreitende Prosperität nach dem Zweiten Weltkrieg in seiner Hauptmasse erst hat entstehen lassen, weist manche Übereinstimmungen mit Kleinbürgertum und „neuem Mittelstand“ Zentraleuropas auf, ist aber nicht wie diese Schichten von bürgerlichen Grundanschauungen geprägt.

Produzierende Gewerbe und Handel als Basis des Bürgertums haben in Griechenland nie die spezifische Dynamik der bürgerlichen Wirtschaft im nördlicheren Europa entfaltet. Es fehlen letztlich die Grundvorstellungen von Beruf, Leistung, Pflicht, Verantwortung, Disziplin und Freiheit, Kritik und Kreativität, in denen sich Kulturtraditionen ausdrücken, die zur Entstehung der modernen westlichen Gesellschaften geführt haben. Es ist dadurch in Griechenland auch nicht zu der für diese charakteristischen Verbindung von wirtschaftlichem Unternehmertum mit Wissenschaft und Technik gekommen.

Es fehlen praktisch alle Arten formalisierter Kooperation unter Nicht-verwandten. Zünfte, Innungen, Kaufmannschaft gab es nie. Die im 19. Jahrhundert gemachte Beobachtung Karl Krumbachers (a. a. O., S. 114) trifft noch heute in vieler Hinsicht zu:

„Es scheint zu verwundern, dass auf diesen kleinasiatischen [Schiffahrts]-Linien... noch keine größere griechische Dampfschiffgesellschaft eingetreten ist... Allein zur Bildung von Gesellschaften gehören völlig solide Verhältnisse und eine gewisse Tradition, die dem Vertrauen eine feste Unterlage gewährt; sie ist das Produkt einer hoch gesteigerten kaufmännischen Empirik; in Griechenland ist alles noch zu sehr im Werden begriffen, als dass sich derlei Verbindungen schon hätten erproben können. Daher arbeiten bis jetzt die griechischen Kaufleute fast stets einzeln...“

Dem stark hierarchischen Charakter der griechischen Verwaltung („Beamter“ heißt auf griechisch „Subalterner“) entspricht das Fehlen klar umrissener Funktionen. Diese fehlen auch in der Wirtschaft, wo derselbe Hierarchismus herrscht. Gerade auch daraus erklärt sich der dortige extreme Drang zur Selbständigkeit. Typisch ist deshalb in der Wirtschaft der Mangel an guten „Zweiten Leuten“. Eine Reihe der über 200 griechischen Reeder waren ursprünglich Erste Offiziere, die sich aus der Abhängigkeit von ihren patriarchalischen Chefs lösten, sobald sie das Geld für ein eigenes Schiff zusammengespart hatten.

In Zentraleuropa konnte seit der Aufklärung ursprünglicher Fürstendienst zum „Staatsdienst“ als Dienst gegenüber der Allgemeinheit werden, angeführt von der Justiz, die sich – im optimalen Fall - vom Instrument des Souveräns zu einer Säule bürgerlichen Rechte und Freiheiten entwickelte, so dass schließlich der Rechtsstaat möglich wurde. In dessen Dienst steht nach traditioneller europäischer Auffassung der Beamte und ihm gilt seine Loyalität. Die griechische Staatsverwaltung ist dagegen, wie in vielen anderen Ländern, weit weniger „Staatsdienst“ in jenem Sinne, schon weil sie nach allgemeinem Verständnis weitestgehend zur Disposition der wechselnden Regierungen steht. Dadurch kann sie umso besser dem allgemeinen Interesse daran dienen, dass Leute mit Posten versorgt werden. Qualifikation, Loyalität, Pflichterfüllung und Leistung sind demgegenüber Kriterien zweiten Ranges. Es gibt keinen abstrakten höheren Staatszweck, zu dessen Erfüllung sie an erster Stelle stehen müssten.

Nach dem Zweitem Weltkrieg und einem verheerendem Bürgerkrieg hat Griechenland seit den 50er Jahren einen überraschenden wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Bis etwa 1973 gehörten seine Wachstumsraten zu den höchsten der Welt. Extrem niedriges Ausgangsniveau und reichliche Marshallplan-Gelder machten rasche Erfolge möglich. Das Erwerbsstreben der städtischen wie der ländlichen Bevölkerung entfaltete sich mit ungekannter Dynamik.

Die alten Strukturschwächen von Wirtschaft und Staat wurden jedoch durch die sprunghaft wachsende Prosperität nur verdeckt und in Wirklichkeit verstärkt. So nahm der traditionelle Drang der griechischen Arbeitsbevölkerung in den Dienstleistungsbereich erheblich zu. Für Hunderttausende führte der Weg unmittelbar vom Dorf in die Büros der privaten und - zunehmend - der staatlichen Wirtschaft. Mindestens 40% der griechischen Arbeitsbevölkerung sind heute in den Dienstleistungsberufen tätig - bei einem Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft von immer noch 30% und ohne Berücksichtigung (nach statistischer Konvention) der notorisch überbesetzten Verwaltungsetagen der privaten und staatlichen Produktionsunternehmen. Handel und Schifffahrt wuchsen kräftig, und als neuer Dienstleistungsbereich kam der Tourismus hinzu.

Gleichzeitig blühte die „Transferwirtschaft“ auf. In Griechenland wird traditionell viel Geld ausgegeben, das anderswo erwirtschaftet wurde. Nach den Marshallplan-Milliarden strömte nun auch aus den eben genannten Quellen viel Geld ins Land. Hinzu kamen die wachsenden Überweisungen und Kapitalanlagen der Auslandsgriechen. Das Mutterland war bis dahin kaum je in der Lage gewesen, seine Bewohner aus sich selbst zu ernähren und deshalb klassisches Auswanderungsland. 10 Millionen Inlandsgriechen stehen heute etwa 6 Millionen Auslandsgriechen in Europa, USA und Australien gegenüber, die überwiegend in guten wirtschaftlichen Verhältnissen leben.

Die aufgeführten Einnahmen flossen zunehmend in Konsumgüterimporte und Immobilien. Die Grundstückspreise stiegen in extreme Höhen, 50% der privaten Investitionen gingen in den Haus- und Wohnungsbau. Seit jeher hatte man in

Griechenland zu leichtem und schnellen Geldverdienen geneigt. Jetzt wurde dies erst recht zur Norm. Entsprechend war die Abneigung gegen langfristige Engagements und Bescheidenheit mit geringen, aber sicheren Erträgen in der gewerblichen Wirtschaft immer ausgeprägt gewesen. Dazu trugen nicht zuletzt die oft instabilen politischen Verhältnisse bei.

Ab 1973, d. h. gegen Ende der siebenjährigen Obristen-Diktatur und als Folge der Ersten Ölkrise, häuften sich die Schwächezeichen. Seit Mitte der 70er Jahre übertraf das Wachstum der Importe dasjenige der Exporte und stieg das Handelsdefizit im Verhältnis zum BSP. Da die Einnahmen aus Schifffahrt, Tourismus und Auslandsüberweisungen (insbesondere der Gastarbeiter) noch immer wuchsen, entstand daraus noch kein Problem. Andererseits löste die etwa seit 1973 chronisch gewordene Übernachfrage nach importierten Konsumgütern inflationäre Kräfte aus, die zu einer jährlichen Inflation von 25% ab Ende 1979 führten. Bedenkliche rückläufige Tendenzen zeigten sich bei den industriellen und gewerblichen Investitionen, und zwar grade in den zukunftsorientierten Sektoren sowie bei den nicht weniger wichtigen öffentlichen Investitionen im Infrastrukturbereich.

Zum Zeitpunkt des Regierungsumschwungs 1981 und der praktisch gleichzeitigen Aufnahme Griechenlands in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war die weltweite Prosperität, die nach dem Zweiten Weltkrieg seinen wirtschaftlichen Aufstieg ermöglicht hatte, längst abgeklungen. Die weltwirtschaftlichen Voraussetzungen für weiteres Wachstum von Griechenlands Exportprodukten, Schifffahrt und Tourismus waren spätestens nach der Zweiten Ölkrise nicht mehr gegeben. Seine steigenden Ölausgaben konnten nicht mehr durch entsprechendes Wachstum von Einnahmen kompensiert werden. Griechenland konnte auch seine Arbeitslosigkeit nicht mehr wie in früheren Jahrzehnten exportieren und mit den Devisenüberweisungen der Gastarbeiter seine Leistungsbilanz verbessern. Ab 1982 sollte dann noch eine internationale Finanzierungskrise hinzukommen, in der ausländische Kredite nicht mehr so billig zu haben waren wie in den Jahren der allgemeinen Expansion.

Fast überall in der westlichen Welt erlahmte der wirtschaftliche Aufschwung in den 70er Jahren durch wachsende Konsumnachfrage bei nachlassender Produktivität. Auch dieser Umschwung war in Griechenland - mit den dargelegten Verhaltensstrukturen seiner Gesellschaft - besonders ausgeprägt.

Die Obristen-Junta hatte ab 1973 massiv einer durch Produktionsfortschritte nicht mehr gedeckten Konsumnachfrage nachgegeben, um wachsenden innenpolitischen Spannungen entgegenzuwirken. Auf den Konjunkturinbruch von 1974 und die zunehmenden Auswirkungen der Ersten Ölkrise antworteten danach die Regierungen der wiederhergestellten Demokratie mit weiterer kräftiger Nachfragestimulierung. Griechenlands Wirtschaft wurde schließlich zur Konsumwirtschaft par excellence, mit extremer Importabhängigkeit und hoher struktureller Inflation.

Zugleich waren die Nachkriegsjahrzehnte auch und gerade in Griechenland eine Periode der staatlichen Expansion. Der Staatsanteil am offiziellen BSP – d. h. unter Nichtberücksichtigung der Parallelwirtschaft - wurde 1981 auf 50 bis 60% geschätzt. Durch die strukturellen Schwächen des griechischen Staates wurde dabei die notorische Desorganisation von Regierung und Verwaltung nur noch gravierender. Eine Staatswirtschaft breitete sich aus, die immer mehr sich selbst verwaltete und wachsende Kosten produzierte. Die traditionelle allgemeine Überzeugung von der Versorgungsrolle der öffentlichen Verwaltung wurde dadurch besonders verhängnisvoll. So wurde Beschäftigung im öffentlichen Sektor gegen Ende der 70er Jahre automatisch das vorrangige Mittel zur Bekämpfung der zunehmenden Arbeitslosigkeit, mit ständig steigenden Ausgaben für Löhne, Gehälter und Pensionen.

Für 1970 schätzt man die Zahl der Beschäftigten im gesamten öffentlichen Sektor auf knapp 200.000. 1981 sollen es 350.000 gewesen sein, das heißt circa 10% der gesamten griechischen Arbeitsbevölkerung von etwa 3,5 Millionen. Bedenkt man, dass über die Hälfte der Arbeitsbevölkerung Selbstständige und mitarbeitende Familienangehörige sind, es also überhaupt nur an die 1,7 Millionen abhängig Beschäftigte gibt, dann fallen ca. 20% davon auf den öffentlichen Sektor - ein ebenso hoher Prozentsatz der abhängig Beschäftigten wie in der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem so viel höheren Entwicklungsstand! Inzwischen aber dürfte der Anteil in Griechenland noch weit höher liegen.

Im Zentrum dieser Fehlentwicklung standen seit den ersten Nachkriegsjahren die griechischen Banken. Durch die über den Staat geleiteten Marshallplangelder wurden sie zum Schlüsselinstrument der griechischen Staatswirtschaft. Die Kreditzinsen wurden von Anfang an subventioniert und die Kredite kontingentiert. Es gibt in Griechenland bis heute keinen Marktzins für Kredite und Guthaben, sondern eine wechselnde Fülle je nach der Verwendung festgesetzter Zinssätze.

Dieses System wird von einem Bankwesen verwaltet, das bereits 1953 zu 60% und bis 1981 zu über 80% unter Staatskontrolle gekommen war. Der letzte entscheidende Schritt dazu war übrigens die aufsehenerregende Verstaatlichung des umfangreichen Commerzbank-Imperiums 1975 gewesen - Ausdruck wenn man so will, eines autoritären Sozialismus von rechts, dem bislang selbst unter A. Papanreou nichts Vergleichbares an die Seite zu stellen ist.

Die Degradierung des Bankensystems zum staatlichen Subventionsinstrument hat gleichermaßen den Verfall der Privatwirtschaft wie den des Bankwesens beschleunigt. In derselben Richtung wirkte die chronische Unterkapitalisierung der griechischen Unternehmen und die praktische Nicht-existenz eines Kapitalmarktes. Die Unternehmer nutzten nach Möglichkeit die verbilligten Kredite, um ihr Eigenkapital zu schonen. Dadurch waren diese für volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionen verloren. Das Interesse und die Fähigkeit der Banken, mit Geschäftsrisiken zu operieren, verkümmerte. Freigabe der Zinsen würde heute Bank-

wesen und Wirtschaft ebenso ins Chaos stürzen wir eine Freigabe des Drachmenkurses.

Nicht zuletzt aber entstanden schon früh zahlreiche sogenannte „problematische“ (überschuldete) Unternehmen. Da die jeweilige Entscheidung der Banken über ihre weitere Finanzierung letztlich keine geschäftliche, sondern eine wirtschafts- und sozialpolitische der Regierung war, nahm die Zahl der „problematischen“ Unternehmen ständig zu und wurde zuletzt zum wirtschaftlichen Krisenelement ersten Ranges. Die Problematik geht dabei weit über die bloße Bankenverschuldung hinaus. Der Staat duldet es, dass ein großer Teil aller Unternehmen z. B. keine Sozial- und Versicherungsbeiträge abführt, aus Rücksicht auf ihr Überleben.

Wenn man alles dasjenige zum Staatssektor rechnet, wofür letztlich der Steuerzahler aufkommen muss, dann befand sich ein großer Teil der griechischen Privatwirtschaft de facto längst in der Hand des Staates, als die Sozialisten 1981 die Macht übernahmen. Durch die PASOK-Regierung hat der griechische Etatismus 1981 entscheidenden weiteren Auftrieb erhalten. Ideologisch zugeschnitten auf eine intellektuell anspruchsvolle jüngere Generation, ist der Sozialismus Papandreous gleichwohl der autoritären Tradition des griechischen Staatswesens aufs engste verbunden.

Das angestammte Misstrauen von Volk und Obrigkeit gegen Marktkräfte und freies Wirtschaften schlechthin wird durch den PASOK-Sozialismus zur Ideologie erhoben. Die Regierung A. Papandreous nimmt deshalb gegenüber der Privatwirtschaft eine ungleich problematischere Haltung ein als die Regierungen der Nea Dimokratia vor ihr, die in vieler Hinsicht alles andere als freiwirtschaftlich gesinnt gewesen waren. Mögen jetzt bei der PASOK mehr Dilettantismus und naiver Starrsinn als doktrinärer Fanatismus die Entscheidungen bestimmen - das Ergebnis könnte gleichwohl sein, dass das private Wirtschaftsleben in Griechenland noch wesentlich weiter auf seine unkontrollierbaren Grundformen - Klein und Kleinstwirtschaft und „Parallelwirtschaft“ - reduziert wird.

Die staatliche Machterweiterung vollzieht sich seither - oder soll sich vollziehen - durch „Sozialisierung“, als Unterwerfung wirtschaftlicher Aktivitäten unter „soziale Kontrolle“. Dies geschieht mittels kollektiver Aufsichtsgremien verschiedener Art sowie auch durch Gründung und Förderung von Kooperativen (zunächst in der Landwirtschaft).

Vor diesem Hintergrund ist vermutlich auch die propagierte Dezentralisierung der Verwaltung zu sehen. Ihr Ziel ist kaum die Gewährung von mehr tatsächlicher Autonomie an die lokalen und regionalen Verwaltungen, die denn heute auch ebenso wenig über nennenswerte eigene Einkünfte verfügen wie bisher. Sie soll nach den bisherigen Verlautbarungen auch nicht der Förderung der privaten, sondern der kollektiven Wirtschaft in der Provinz dienen. Ihr Zweck ist mehr Kontrolle für Partei und Staat. Die Dezentralisierung könnte deshalb eher auf Stärkung des alten hauptstädtischen Zentralismus - und des neuen Athener Parteiapparats -

hinauslaufen – eine Problematik, die von Partei und Regierung geflissentlich ignoriert wird.

Die Entmutigung der Privatwirtschaft, die schon unter den früheren Regierungen zu beobachten war, ist inzwischen weit fortgeschritten. Die offiziellen Erklärungen zu ihren Gunsten mussten den Unternehmern angesichts entgegengesetzter Praxis der PASOK-Regierung immer wieder als bloße Lippenbekenntnisse erscheinen. Mitte 1983 erklärte Wirtschaftsminister Arsenis definitiv, dass man keine private Initiative ohne staatliche Kontrolle zulassen werde.

Spektakuläre „Sozialisierungen“ von Unternehmen, wie es die faktische Verstaatlichung des Commerzbank-Imperiums 1975 gewesen war, sind dabei auch in Zukunft kaum zu erwarten, teils weil es wenig mehr zu „sozialisieren“ gibt, teils wegen der von der Verfassung vorgeschriebenen Entschädigungspflicht, teils mit Rücksicht auf das westliche Ausland, vor allem die EWG. Die Privatwirtschaft fürchtet jedoch, dass sie „auf „kaltem Wege“ sozialisiert werden soll, indem man sie mit Absicht in Schwierigkeiten geraten und „problematisch“ werden lässt.

Eine planmäßige Politik mit solcher Zielsetzung besteht zwar kaum; zahlreiche bisherige Maßnahmen der Regierung legen jedoch eine solche Schlussfolgerung nahe: verschärfte Besteuerung, Versagung von Preiserhöhungen trotz extremer - und zwar durch Maßnahmen der Regierung selbst, vor allem durch ihre anfängliche Lohnpolitik, ausgelöste - Kostensteigerungen, eine wirtschaftsfeindliche Gewerkschaftsgesetzgebung, restriktive Entlassungsvorschriften, Neuregelungen mit eindeutig staatsmonopolistischer Tendenz in Versicherungswirtschaft und pharmazeutischen Bereich. Mitte 1983 kam das Gesetz über die sogenannten „Aufsichtsräte“ mit weit in die Geschäftsführung der Unternehmen hinein reichenden Befugnissen hinzu.

Entmutigend wirkt dabei oft nicht so sehr die Härte einzelner Regelungen als solche, sondern das besorgniserregende Unverständnis der Regierenden für die Belange der Privatwirtschaft, das darin zum Ausdruck kommt. Ein besonders charakteristisches Beispiel dafür lieferte die Regierung nach der Abwertung der Drachme Anfang 1983. Die Staatsbank verweigerte damals den privaten Exportunternehmen den Umtausch nachträglich eingehender Exporterlöse zum neuen Tageskurs, mit der Begründung, die Exporteure sollten nicht in den Genuss ungerechtfertigter Abwertungsgewinne kommen. Indessen hatte die Regierung die Abwertung ausdrücklich mit Förderung der Exportwirtschaft begründet.

Zwiespältig erscheinen unter der sozialistischen Regierung die Perspektiven für die ausländische Privatwirtschaft:

Einerseits neigen Partei und Regierung - von alten Ressentiments und neuer PASOK-Ideologie abgesehen - zu besonders gravierenden Fehleinschätzungen über sie. So interpretiert man das Zögern der ausländischen Unternehmen, einfach das Land zu verlassen – wie es übrigens viele Reeder tatsächlich taten und zum gro-

ßen Schaden für Griechenland vor allem nach Zypern gingen – fälschlich als Beweis für die guten Rahmenbedingungen, die ihnen die PASOK-Regierung biete. Auslandsinvestitionen sind nun einmal langfristiger Natur. Der andere Fehler der PASOK ist es, zu meinen, Investoren, die einmal das Land verlassen haben, würden mit geeigneten Investitionsanreizen leicht wieder zurückzubringen sein. Aber auch die griechischen Reeder sind eben nicht die „Gelegenheitsunternehmer“, wie die PASOK sie sich vorstellt.

Andererseits zeichnet sich - wie im pharmazeutischen Bereich und im Versicherungswesen - die Tendenz ab, dass bestehende ausländische Investitionen aufgrund ihrer besseren Kapitalgrundlage unter den schwierigen derzeitigen Verhältnissen überleben, während zahlreiche kleinere und finanzschwache griechische Konkurrenzunternehmen aufgeben müssen. Die Chancen der Ausländer - zumindest einiger von ihnen - könnten sich dadurch am Ende sogar verbessern.

Die administrativen Veränderungen nach dem letzten Regierungswechsel sind weit über das übliche Maß hinausgegangen. Aufgaben, organisatorische Strukturen und - vor allem - die Posteninhaber wurden im großen Stil gleichzeitig ausgetauscht. Die Umbesetzungen gingen nach und nach bis auf die untersten Stufen hinunter, obwohl man nolens volens zahlreiche Beamte der früheren Regierungen bis heute auf ihren Posten belassen musste (denen man dafür zu Recht oder zu Unrecht permanente Obstruktion vorwirft).

Insbesondere wurde gleich zu Anfang ohne Rücksicht auf Fachkenntnis, Erfahrung und Loyalität die gesamte Ebene der Abteilungsleiter (Direktoren) als solche abgeschafft. Die Lücke füllte man mit einer Vielzahl von auf Zeitverträgen eingestellten „Beratern“ der Minister und Vizeminister, die seither die Büros ihrer Chefs zu Ministerien in den Ministerien machen. Schon unter den früheren Regierungen hatte die problematische Praxis, „Berater“ der Behördenleitung und anderes Personal auf Zeitverträge einzustellen, immer mehr um sich gegriffen. Nach OECD-Feststellungen stieg die gesamte Beschäftigung im engeren Staatsbereich seit 1975 jährlich um 5%, dabei jedoch die Zahl der vorübergehend (in der Regel dann aber doch auf Dauer) Eingestellten um jährlich 26%.

Die PASOK-Regierung hat dieses Verfahren zum Exzess gesteigert. Dabei zählte Qualifikation bei der Einstellung von vornherein weniger als jemals, denn eine Reserve an erfahrenen Fachleuten gab es nicht mehr, nachdem sich das Personalkarussell schon seit 1974 immer schneller gedreht hatte. Zwar hat die sozialistische Regierung mehr Inhaber akademischer Diplome in ihre Dienste genommen als die früheren Regierungen. Diese „Technokraten“ (wie sie zur Unterscheidung von reinen Parteibesetzungen genannt werden) besitzen aber in der Regel keine Verwaltungserfahrung und meist auch keine fachliche Erfahrung in ihrem neuen Arbeitsgebiet.

Verwaltung und Wirtschaft Griechenlands leiden seit Jahrzehnten unter Abwanderung von Führungskräften. Die Hoffnungen, die gerade auch gebildete Auslandsgriechen auf die neue Regierung gerichtet hatten, ließen anfangs zahl-

reiche Akademiker in ihre Heimat zurückkehren und in ihre Dienste treten. Unter den herrschenden Verhältnissen kann ihnen aber die Regierung kaum die erwarteten Arbeitsbedingungen bieten, von angemessener Bezahlung ganz abgesehen. Die Mehrheit der griechischen Spitzenfachleute aller Bereiche wird deshalb auch weiterhin das Leben im Ausland vorziehen.

Unterdessen dauert der Wechsel von Funktionen und Personen an. Neue und verbliebene Amtsträger sind nachhaltig verunsichert. Die vermeintlichen Anfangsschwierigkeiten von Regierung und Verwaltung sind noch kaum bewältigt. Dahinter treten die alten Strukturprobleme stärker zu Tage als je zuvor.

Das hoch gesteckte Ziel der Reorganisation des gesamten öffentlichen Bereichs durch umfassende Kontrolle und Planung steht deshalb bislang in bemerkenswertem Gegensatz zur konkreten Politik der Regierung und den Ergebnissen. Nicht zuletzt dadurch könnte sich der Entwicklungsabstand zwischen Griechenland und den europäischen Partnerländern noch vergrößern.

Die Wahlen vom Oktober 1981, durch die Griechenland PASOK-sozialistisch wurde, waren in ruhigen demokratischen Formen verlaufen. Durch den propagierten großen "Wandel" (allagi) kam es nicht zu innenpolitischen Konflikten, die über gewohntes Maß hinausgingen. Von der Öffentlichkeit wurde auch die spürbare Schrumpfung der Einkommen seit Ende 1982 - als Folge der unvermittelt eingeschlagenen Restriktionspolitik - hingenommen.

Die Lähmung der Wirtschaft greift jedoch in besorgniserregender Weise um sich. Zunehmende Labilität der wirtschaftlichen Verhältnisse wird erkennbar, und es stellt sich die Frage nach der Toleranzschwelle der griechischen Öffentlichkeit gegenüber weiteren Verschlechterungen. So ist ungewiss, wie die Bevölkerung auf sichtbare „harte“ Arbeitslosigkeit - im Gegensatz zur gewohnten eher unsichtbaren Unterbeschäftigung, nicht zuletzt auf dem Lande - reagieren wird, zumal die hochgesteckten Erwartungen, die die PASOK mit der Propagierung des „Wandels“ geweckt hat, noch nicht vergessen sind.

Gleichwohl könnten sich die griechischen Verhältnisse als elastischer und widerstandsfähiger erweisen, als es manchmal erscheinen mag. Das materielle und kulturelle Potenzial des starken und einflussreichen Auslandsgriechentums, das besondere Gewicht von Landwirtschaft und Landbevölkerung und - damit in vielfacher Hinsicht zusammenhängend - die noch relativ intakten Sozialstrukturen selbst in den Ballungszentren, vor allem aber der wirtschaftliche und soziale Behauptungswille der Erwerbsbevölkerung mit ihrem charakteristisch hohen Anteil an Selbstständigen - dies alles sind wichtige Reserven, die Griechenland für seine künftige Entwicklung Zeit und Spielraum lassen könnten.

Zugleich dürfte der oben beschriebene typische griechische Personalismus nicht nur in der privaten, sondern auch in der öffentlichen Sphäre der sicherste Schutz dagegen sein, dass sich irgendein „realer Sozialismus“ mit Kadern und Apparatschiks in diesem Lande durchsetzen könnte. Zwischen Wirtschaft und Gesell-

schaft auf der einen und Regierung und Verwaltung auf der anderen Seite besteht seit jeher - trotz des oben beschriebenen traditionellen beiderseitigen Misstrauens - ein ebenso alter *modus vivendi*, der weniger sein mag als der gesellschaftliche Konsens - soweit er funktioniert – entwickelter westlicher Staaten, der aber doch ein gewisses Minimum an Gleichgewicht der Kräfte auf beiden Seiten erhoffen lässt.

Mit ihrer restriktiven Einkommenspolitik seit Ende 1982 und ihrem relativ konsequenten Bemühen um Begrenzung der Inflation und der öffentlichen Neuverschuldung sucht die Regierung die Lage zu konsolidieren. In dem Maße, wie ihr dies gelingt, könnte sich die gegenwärtige Lähmung der Wirtschaft überwinden und allmählich ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern lassen.

Ein neuer weltweiter Wirtschaftsaufschwung wie nach dem Zweiten Weltkrieg als Auslöser eines neuen Aufschwungs auch für die griechische Wirtschaft ist freilich nicht in Sicht. Die Frage ist andererseits, wie weit Griechenland jetzt durch seine EWG-Mitgliedschaft die Chance einer neuen positiven Entwicklung erhalten hat. Gewiss ist, dass es diese Chance es nur durch erfolgreiche Überwindung seiner Strukturschwächen wird nutzen können – durch konsequenten Abbau des staatlichen Dirigismus und der bürokratischen Desorganisation, durch Schaffung verlässlicher rechtlicher und administrativer Strukturen. Insgesamt müssten Staat, Wirtschaft und Gesellschaft durchgängiger Kalkulierbarkeit und Kontinuität ein ganz neues Gewicht beimessen. Letztlich geht es hier um eine kulturelle Aufgabe.

Damit ist aber zugleich gesagt, dass Griechenland seine Probleme selbst lösen muss. So verstanden, hat die PASOK mit Recht „Entwicklung aus eigener Kraft“ auf ihre Fahnen geschrieben. Dass die griechische Gesellschaft über einige günstige Voraussetzungen dafür verfügt, ist bereits gesagt worden. Auch jetzt kann man wieder die Beobachtung bestätigt sehen, dass die Griechen angesichts unabänderlicher Tatsachen viel Anpassungsfähigkeit und Realitätssinn aufzubringen vermögen.

Durch die EWG ist Griechenland mit seinen Problemen nicht allein gelassen. Seine europäischen Partner können seine Entwicklungsanstrengungen in entscheidendem Maße unterstützen. Ihre Hilfe soll und kann dabei grundsätzlich nichts anderes sein als Hilfe zur Selbsthilfe. Zunehmende finanzielle Abhängigkeit Griechenlands von finanziellen Leistungen der Gemeinschaft wäre ebenso wenig in seinem eigenen Interesse wie in dem seiner Partner.

Die eigentliche Problematik liegt dabei eher im politischen und psychologischen Bereich und ist insgesamt kultureller Natur. Es mag den Griechen helfen zu erkennen, dass ihre Partner z. T. ähnliche Probleme mit der Gemeinschaft haben wie sie selbst. Trotzdem ist ihre Situation nicht ohne weiteres mit derjenigen der anderen Acht - und auch nicht mit der Portugals und Spaniens – vergleichbar. Kultur und politische Geschichte Griechenlands haben sich seit byzantinischer Zeit vom (lateinischen) Westen gelöst. Aus seinem Bewusstsein isolierter Sonder-

existenz rührt sein stark empfundenen Bedürfnis, die eigene Identität zu wahren (wenn nicht überhaupt erst zu finden), gerade auch und vor allem gegenüber dem Westen. Allem Stolz der Griechen auf ihr antikes Erbe zum Trotz besteht für sie ein psychologisches Problem in ihrem Bewusstsein der Zurückgebliebenheit gegenüber „Europa“ als noch nicht überwundene Folge der jahrhundertelangen Türkenherrschaft.

Ein letztes Mal sei an den charakteristischen griechischen Personalismus erinnert, an die Bindung der Einzelnen an einen engen, quasi-familiären Kreis von Beziehungen. Solidarität und Partnerschaft mit „Fremden“ ist dadurch erschwert. Dies wirkt sich naturgemäß auch auf die Einstellung der griechischen Gesellschaft zur Europäischen Gemeinschaft aus. Dabei kommt freilich die historische Erfahrung der Griechen hinzu, dass sie in der Politik europäischer Mächte bislang viel mehr Objekt als Partner gewesen sind.

So werden die Entwicklung Griechenlands und sein Selbstverständnis als Partner in der Europäischen Gemeinschaft nur pari passu Fortschritte machen können: Sein europäisches Selbstverständnis wird seine Entwicklung erleichtern und umgekehrt.